

Vorbericht der USI über Schulstreik in Italien



1. Für den 18. Oktober 2013 rief die USI parallel zu einem Bündnis anderer alternativer Gewerkschaften den Generalstreik für den öffentlichen Dienst und den privaten Sektor aus. In vielen Städten Italiens gab es aus diesem Anlass Demonstrationen. Die USI beteiligte sich an einer Demonstration in Rom am 19. Oktober 2013, die von sozialen Bewegungen und Miet-AktivistInnen organisiert wurde.
2. Für den 24. und 25. November 2013 organisierten Gewerkschaften und Frauengruppen einen nationalen Aktionstag, um Gewalt gegen Frauen zu thematisieren. Die USI beteiligte sich in mehreren Städten an den lokalen Aktionsbündnissen und befürwortete einen Generalstreik, um weiblichen ArbeiterInnen sowie natürlich auch männlichen Arbeitern die Teilnahme an den Demonstrationen zu ermöglichen.

In Rom wurde der Sitz der Landesregierung der Hauptstadt belagert, um gegen die Einsparungen von Seiten der Stadt Rom und ihrer Auftragnehmer zu protestieren, deren einzige Lösung auf die Finanzkrise verstärkte Privatisierung ist. Diese Einsparungen treffen meist zuerst weibliche Arbeitnehmerinnen, die dann die ersten Opfer der Entlassungswellen sind.

3. Vom 27. November bis zu 18. Dezember führte die USI Seminare im Laboratorio Sociale Quarticciolo durch, in denen Gewerkschaftsdelegierte und -vertreter in Gewerkschafts- und Arbeitsrecht geschult wurden. Im Mai und im Oktober 2013 wurden sogenannte "Gewerkschafts-ABC-Workshops" in besetzten Häusern durchgeführt, um Arbeiter_Innen (auch anderer Gewerkschaften und Nicht-Gewerkschaftsmitglieder) über Arbeitsrecht und Lohnstrukturen zu schulen, vor allem hinsichtlich der Neuerungen der letzten Jahre in Italien. Diese Workshops waren gut besucht und es wurde gutes Arbeits- und Info-Material erstellt, sowie Analyse-Beiträge, die auch auf DVD verfügbar sind.
4. Seit Juni hat sich die USI an einem Komitee der Schul-Koordination der Stadt Rom beteiligt, das eine Öffentlichkeits-Kampagne für den Ausschluss der Privatschulen (meist konfessionelle Träger) aus dem Bildungsbudget der Stadt Rom vorbereitet hat. Das Geld soll stattdessen den öffentlichen Schulen und Kindergärten zugute kommen. Am 19. November wurde eine Volksinitiative an den Stadtrat zur Abstimmung übergeben.
5. Am 12. Dezember fand im Gedenken an Giuseppe Pinelli im Laboratori Sociale "La Talpa" in Quarticciolo eine Veranstaltung statt, bei der der National-Sekretär der USI Roberto Martelli und Claudia Santi vom Anarchistischen Zirkel Durruti über "Staatsmassaker, Angriff der Rechten, Soziale Konflikte und die Klasse" sprachen. Giuseppe wurde am 5. Dezember 1969 in einem Polizeipräsidium in Milan ermordet, nachdem er beschuldigt worden war, den Anschlag auf die Piazza Fontana durchgeführt zu haben. Auch andernorts wurde in Italien vom 12.-15. Dezember Giuseppes gedacht, auch hierbei hat sich die USI beteiligt.
6. Am 28. November und 10. Dezember fanden Sitzungen des Komitees 2'13 Teatro Partecipato statt, an dem sich die USI zusammen mit Beschäftigten des Teatro Valle Occupato und des Teatro del Quarticciolo beteiligte; es geht um Arbeitsplatzverlust und viele andere Themen. Am 29. September war in einer gut besuchten Versammlung ein

Kampagnenplan vorgestellt worden, um mit allen Interessierten im Kiez für eine Beteiligung an einem öffentlichen Theater und gegen Privatisierungen in der Kulturindustrie einzutreten.

7. Am 11. und 12. Dezember wurde der 15. Geburtstag des Sozialen Zentrums Quarticciolo "La Talpa" gefeiert. 1998 wurde das ehemalige Polizeipräsidium in Quarticciolo besetzt, seitdem wird ein Teil bewohnt und ein anderer als sozi-kulturelles Zentrum genutzt. Seit 10 Jahren wird hier auch das Info-Büro und die Arbeitsrechtsberatung der USI durchgeführt.
8. Auch im Jahr 2013 schlossen USI-Gliederungen im privaten Sektor in Rom, Milan und Foggia Betriebsvereinbarungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit Verbänden und auch mit Unternehmen und Kooperativen ab, die ihre Geschäftstätigkeit landesweit ausüben. Dies erlaubte es, in Betrieben, wo die USI als Gewerkschaftorganisation vorhanden ist, die Rechte und Handlungsfähigkeit als Gewerkschaft für die ArbeiterInnen und ihre Strukturen zu gewährleisten. In einzelnen Bereichen (Soziale Unterstützung, Hauswirtschaft, Dienstleistungen und Handel, Erziehung, Bildung und Schule, öffentliche Bibliotheken) und in verschiedenen Provinzen sind USI-Sektionen führend dabei, ArbeiterInnen vor dem Arbeitsplatzverlust und Berlust ihrer Berufstätigkeit zu schützen. Außerdem gab es Streiks, die von USI zusammen mit anderen Gewerkschaften (Cobas, CUB) in einigen Unternehmen und auch im Gesundheitssektor organisiert wurden, um die Rechte und kollektiven Lohnregulierungen anlässlich vom Management vorgenommener Veränderungen auf individueller Vertragsbasis beizubehalten, die auf Vorgaben der Kapitaleigner reagierten.
9. Zwischen September und November 2013 gab es Initiativen, Treffen und Veranstaltungen, die von USI organisiert wurden, um Haushaltskürzungen von 21 auf 14 Millionen Euro für öffentliche Bibliotheken zu verhindern, die kommunal von der Hauptstadt Rom betrieben werden. Die Kürzungen hätten die Schließung von 20 der 38 öffentlichen Bibliotheken bedeutet, die in Betrieb und beliebt sind, sowohl in der unmittelbaren Nachbarschaft als auch mehr außerhalb. Die Mobilisierung der Beschäftigten, die aktiv von der Gewerkschaft USI unterstützt wurden, erreichte, dass der Haushalt in der Größenordnung beibehalten wurde, der nötig ist, um den Bibliotheksdienst für die BürgerInnen aufrecht zu halten und schmetterte den Versuch ab, Entlassungen derjenigen durchzusetzen, die dort arbeiten.
10. Am 19. Januar 2014 nahmen USI und USI für den Schulbereich an einer landesweiten Versammlung der nationalen Koordination prekär Beschäftigter im Schulbereich teil, wo das Projekt eines nationalen Streiks an den Schulen für 24 Stunden geplant wurde um auch den Forderungskatalog der zeitlich befristet und fest angestellten LehrerInnen und des sonstigen Schulpersonals. USI löste die Verfahrensweise für den Streik aus, wie er vom italienischen Arbeitsministerium vorgesehen ist und erklärte (auf Grundlage der Mandats der landesweiten Versammlung vom 19. Januar) den 11. April 2014 zum Streiktag, um den Arbeitskampf und die Mobilisierung auf nationaler Ebene als Gewerkschaft rechtlich abzusichern, auch für zeitlich befristete und prekär Beschäftigte. Der 11. April ist das Streikdatum für diejenigen, die im Bildungsbereich nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt sind (in Cafeterias, Hauswirtschaft, Hilfen für Behinderte und Schultransporte).